



Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 21.07.2022, 16:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung im
Sportpark Ost

Vorl.Nr. 186/22

Beschluss:

- Der Bildungs- und Sozialausschuss beschließt das gesamte Flächenprogramm mit informellen und vereinsgebundenen Maßnahmen zur Neuordnung und Entwicklung der Sportflächen gemäß Anlage 1.
- Der Mobilitäts- und Umweltausschuss beauftragt die Stadtverwaltung mit der Ausarbeitung der Entwurfsplanung zur Vorbereitung eines Entwurfs- und Baubeschlusses für die Intensivierungsmaßnahmen sowie den Skatepark und das Kunstrasenspielfeld im Süd-Osten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung des Mobilitäts- und Umweltausschusses über Ziffer 2 erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Raasch

Über Ziffer 1 findet die Abstimmung des Bildungs- und Sozialausschusses statt. Siehe gesonderte Niederschrift.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf. Dieser wird in einer gemeinsamen Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses und des Mobilitäts- und Umweltausschusses behandelt. Es finden zwei getrennte Abstimmungen in den beiden Ausschüssen statt.

OBM **Dr. Knecht** führt in das Thema ein. Er geht auf die Dreiheit Sport, Grün und Wohnen und die Entwicklung der Sportvereine ein. Eine wichtige Rolle spielen auch der informelle,

vereinsungebundene Sport. Im Hinblick auf die Finanzen seien umfangreiche Diskussionen geführt worden. Für die Stadtentwicklung, die Vereine und die Zivilgesellschaft sei dies ein zentrales Projekt. Der Bitte aus dem Gemeinderat das Wort „rechtsverbindlich“ zu streichen, sei man nachgekommen. Zudem habe man eine zeitliche Streckung vorgenommen, um den finanziellen Herausforderungen gerecht zu werden.

TOP 1

Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung im
Sportpark Ost

Vorl.Nr. 186/22

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt und geht auf die Vorlage ein.

OBM **Dr. Knecht** dankt allen Beteiligten und eröffnet die Aussprache. Im Vergleich zu 2019 habe man Ausgaben reduziert.

Wir müssen schauen, ob wir uns das leisten können, meint Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Die Planung sei super, auch die Mobilität sei berücksichtigt. Die Entwicklung der Finanzen müsse beachtet werden. Durch die lange Bauzeit sei das Risiko groß. Sie fragt nach einer finanziellen Beteiligungsmöglichkeit der Verbände.

Stadtrat **Meyer** legt als persönliche Bemerkung nahe, ein Zeichen zu setzen, auch wenn es weh tue. Es gebe andere wichtige Aufgaben, wie den Ausbau der Betreuung, die Sanierung der Schulen oder den Ausbau des Busbahnhofs. Man solle keine Hoffnungen wecken, sondern Klartext reden, und fordert zu mehr Realismus auf. Die Coronafolgen, der Ukrainekrieg und die Energie- und Baukostensteigerungen sowie der Verlust von Gewerbesteuererinnahmen seien auch in Ludwigsburg merkbar. Diese Veränderungen müssen auf die Haushaltsplanungen Auswirkungen haben. Die Planungen müssen im Umfang, Zeitplan und stärkeren Beteiligung der Vereine hinterfragt werden und spricht die Möglichkeit der Mitfinanzierung bei Vereinsheimen an. Eine attraktive Stadt brauche die Vereine, Kunst und Kultur, eine attraktive Innenstadt und Stadtteile. Er wünscht eine Priorisierung der Aufgaben und Projekte mit einem realistischen Zeitplan in der Haushaltsklausur und heute keine Abstimmung. Er fordert eine Aktualisierung der Kostenberechnung und fragt nach den Grundstückserwerbskosten. Zudem fragt er, warum der Skaterpark vorgezogen werden solle. Seine Fraktion werde unterschiedlich abstimmen.

In der Fraktion sei dieses Thema kontrovers diskutiert worden, so Stadtrat **Klotz**. Er halte die Planung für sehr gelungen. Sport sei auch aktive Gesundheitsförderung und werde eine immer wichtigere Rolle spielen. Dies sei auch eine Pflichtaufgabe der Stadt. Er lobt die Vereinsarbeit von MTV und HCL. Eine Gegenfinanzierung finde durch den Fuchshof statt. Der Ausführungszeitraum könne noch gestreckt werden. Einsparpotentiale gebe es höchstens noch in den Standards.

Stadtrat **Zeltwanger** sieht die Maßnahme positiv und solle umgesetzt werden. Man könne nicht optimieren und aufschieben und dann sagen, dass es nicht machbar sei. Die Sportflächen seien schon lange versprochen. Sport beinhalte gelebte Jugendarbeit und Integrationsarbeit. Zur Planung merkt er an, dass die Ränder besser dargestellt werden sollen. Er geht weiter auf den Lärmschutz ein und merkt an, diesen in den Planungen zu berücksichtigen. Die Kastanienallee sehe er als Rückzugsort. Die Kalthalle erlaube eine Mehrfachnutzung.

Stadtrat **Dengel** wird der Vorlage ebenso zustimmen.

Der Dreiklang sei für ein lebenswertes Ludwigsburg dringend notwendig, so Stadtrat **Prof. von Stackelberg** und wünscht sich mehr Engagement mit Blick auf den Sport. Der Sportpark sei für die gesamte Bevölkerung und solle dringend umgesetzt werden. Vieles werde lange geschoben, wie etwa die Sporthalle Ost. Diese werde nach 14 Jahren Diskussion endlich gebaut, jedoch zu klein, bemängelt er. Man dürfe nicht einzelne Punkte gegeneinander ausspielen. Bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen könne das Gremium mitentscheiden. Die Zeitschiene für die Maßnahmen, insbesondere für die Spielfelder, müsse überdacht werden und ein Angebot für ein großes Spielfeld zeitnah erfolgen. Für eine Sportstadt müsse man auch was tun und sieht in der Entwicklung des Sportparks eine einmalige Chance für Ludwigsburg.

Stadtrat **Heer** spricht von einem umfangreichen Konzept und Angebot für die Vereine und den
TOP 1 Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung im Sportpark Ost Vorl.Nr. 186/22

vereinsungebundenen Sport und wird der Vorlage zustimmen. Es sei ein konzentriertes Angebot. Die anderen Stadtteile werden hierdurch nicht benachteiligt. Er geht auf die Gesamtkosten ein und befürchtet Preissteigerungen. Er wünscht hierzu rechtzeitige Information. Die Anwohnerschaft und die Auswirkungen des Sportbetriebes sollen berücksichtigt werden.

Stadträtin **Knecht** spricht von einem wichtigen Schritt und wird dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Sport sei wichtig und die Vereine brauchen Platz. Sie befürchtet eine Mobilitätserhöhung und spricht die Parkmöglichkeiten an. Sie bittet hierzu um Diskussion mit den Vereinen. Sie fragt, ob auf dem Spielfeld für Alle auch Cricket möglich sei und neue Vereine sich ansiedeln können. Die Finnenbahn liege zu nahe an den Parkplätzen, merkt sie an.

Stadtrat **Müller** wird der Vorlage zustimmen. Das Konzept gehöre zur Gesamtplanung und sei geschlossen. Im Detail könne jetzt weitergeplant werden. Er fragt, ob ein neuer Bebauungsplan notwendig sei. Zudem müsse der öffentliche Nahverkehr angebunden werden und er wünscht ein Mobilitätskonzept. Kritik übt er an der Versiegelung der Grünflächen.

Man werde nicht alles umsetzen können, merkt Stadträtin **Dr. Knoß** an, auch wenn dies gewünscht werde. Ihre Fraktion werde unterschiedlich abstimmen und sich teilweise enthalten.

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die offenen Fragen ein. Ein neuer Bebauungsplan sei nicht notwendig. Für die Finnenbahn müsse eventuell die Hecke versetzt werden. Beim Feld für Alle könne kein fest eingebauter Pitch für Cricket angebracht werden.

Das Projekt nochmals zu schieben, wäre ein falsches Zeichen, merkt OBM **Dr. Knecht** an. Er geht auf die zeitliche Streckung ein. Nur Teile anzugehen, sei nicht sinnvoll. Man könne auch nicht das Beachvolleyballfeld entfernen und Jahre abwarten, danach gebe es vermutlich kein Beachvolleyball mehr, so seine Befürchtung. Man wolle den Dreiklang realisieren und eine Verschiebung in die Haushaltsberatungen sehe er als nicht sinnvoll an.

OBM **Dr. Knecht** lässt zunächst den Mobilitäts- und Umweltausschuss über Ziffer 2 und dann den Bildungs- und Sozialausschuss über Ziffer 1 Beschluss fassen.

OBM **Dr. Knecht** beendet die gemeinsame Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses und des Mobilitäts- und Umweltausschusses. Im Anschluss findet eine Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses statt.

TOP 2

Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg - Beschluss des
Auftragsumfangs für die Vorplanung
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 197/22

Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat stimmt den Planungen durch den Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg (ZV) für das modifizierte Mitfall 1-Stadtbahnnetz mit den Strecken
 - a. Markgröningen – Möglingen – Ludwigsburg Bahnhof (Vorlaufbetrieb) bzw. Bahnhofsvorplatz/ ZOB (Zielzustand)
 - b. (Remseck a. N.-Aldingen) – Pattonville – Hindenburgstr. – LB Bahnhofsvorplatz/ZOB
 - c. Netzverbindung zwischen Hindenburgstraße und Schorndorfer Str. durch die Oststraße
 - d. Ludwigsburg Bahnhofsvorplatz/ZOB – Myliusstraße -- Wilhelmstraße -- Ludwigsburg-Schlösslesfeld, / Oßweil Süd,

gem. Anlage 1 die Vorplanung (HOAI-Leistungsphasen 1 und 2) sowie der darauf basierenden standardisierten Nutzen-Kosten-Bewertung (NKU) gem. der Verfahrensanleitung des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) zu.

2. Der Gemeinderat stimmt dem Bau der Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg auf folgenden Korridoren zu (sog. Stammstrecke PLUS). Dies umfasst im Einzelnen die Stadtbahnstrecken
 - a. (Remseck a. N.-Aldingen) -- Pattonville – Hindenburgstr. – LB Bahnhofsvorplatz/ZOB – Schiller-Bypass (Querung der DB-Bestandsstrecke) – Schlachthofstr. (Einfädung in die Markgröninger Bahn) – Markgröningen – Schwieberdingen, sowie
 - b. LB Oßweil Süd (Fellbacher Str.) – Comburger Kreisel – Schorndorfer Str. – Oststraße – Hindenburgstr. (weiter bis LB ZOB).

Im Sinne dieses Grundsatzbeschlusses stimmt der GR zu, dass der Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg für die unter Ziffer 2 genannten Stadtbahnstrecken auch die Entwurfs- und Genehmigungsplanung (HOAI-Leistungsphasen 3 und 4) mit vergibt.

3. Die Realisierung der Innenstadtstrecke von Ludwigsburg Bahnhofsvorplatz/ ZOB via Myliusstr. – Arsenalplatz – Wilhelmstr. – Schorndorfer Str. – Comburger Kreisel Ri. Schlösslesfeld erfolgt als Option. Eine Entscheidung zur Realisierung wird zu einem späteren Zeitpunkt getroffen.
4. Die Beschlussziffern 1-3 stehen unter dem Vorbehalt der städtebaulichen Machbarkeit, einem positiven Nutzen-Kosten-Faktor aus der standardisierten Bewertung sowie in Hinblick auf den jeweiligen Endausbauzustand und der hieraus erwachsenden Finanzierungszusage durch den Zuschussgeber bzw. durch Mittel des Bundes-GVFG (vgl. Sachverhaltsdarstellung unten). Vor der Vergabe der Bauarbeiten wird nach Vorliegen des Planrechts und des Zuwendungsbescheides ein verbindlicher Baubeschluss durch die Verbandsversammlung des ZV getroffen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

TOP 2	Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg - Beschluss des Auftragsumfangs für die Vorplanung (Vorberatung)	Vorl.Nr. 197/22
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses. Das Thema sei sehr wichtig für die Stadtentwicklung, merkt er an und lobt die sachkundige Leitung des Projektes durch den Geschäftsführer des Zweckverbandes.

BM **Manni** geht auf die Vorlage ein und informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Ein barrierefreier Ein- und Umstieg werde gewährleistet. Unter Ziffer 4 habe man eine salvatorische Klausel aufgenommen.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Man brauche ein Verkehrsmittel, dass viele Menschen schnell, pünktlich und bequem transportiere, betont Stadträtin **Dr. Knoß**. Das Gremium sei umfassend über das Projekt informiert worden. Über den Antrag der Freie-Wähler-Fraktion zeigt sie sich verwundert. Ihre Fraktion kann mit dem Beschlussvorschlag mitgehen.

Die Gesamtstrecke zu planen sei richtig, um späteren Generationen den Weg offen zu halten, meint Stadtrat **Klotz**. Die Innenstadtstrecke sei in seiner Fraktion diskutiert und die kritischen Punkte beantwortet worden. Er gibt zu bedenken, dass Fördergelder ebenso Steuergelder seien. Nach wie vor wünsche sich seine Fraktion Fahrzeuge ohne Oberleitungen.

Stadtrat **Zeltwanger** sieht die Strecke durch die Innenstadt als unwirtschaftlich an und stellt die Realisierung in Frage. Er geht auf den Antrag seiner Fraktion ein. Die Innenstadtstrecke sieht er kritisch, hierzu müssen erst Erfahrungen gesammelt und später entschieden werden. Er befürchtet, dass viele Einsprüche gegen die Bahn kommen werden und damit auch die Reaktivierung der Strecke Markgröningen-Ludwigsburg gefährdet sein könne. Er werde lediglich Ziffer 1 und 2 zustimmen.

Die Innenstadtachse müsse jetzt mitgeplant werden, merkt Stadtrat **Maier** an und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion. Die Planung sei ein wichtiger Schritt für die Zukunft, sonst verliere man Jahrzehnte. Lange Jahre sei dieses Thema diskutiert worden, jetzt könne man endlich vorankommen. Die Wirtschaftlichkeit werde immer mitgeprüft. Ein komplett unwirtschaftlicher Zweig werde zudem nicht förderfähig sein. Man müsse alles mitdenken und das Beste auswählen.

Die Kosten müssen aktualisiert werden, merkt Stadträtin **Knecht** kritisch an. Mit der Vorlage könne sie mitgehen und weist auf Ziffer 3 hin. Dieser Punkt sei ihr besonders wichtig. Die Kosten in Relation zur CO₂-Vermeidung müssen vertretbar sein. Wichtig seien ebenso die Schallschutzmaßnahmen.

Die Leute müssen möglichst ohne Umsteigen mit der Bahn in die Innenstadt kommen und gute Verbindungen geschaffen werden, sagt Stadtrat **Müller**. Er fragt, ob Einsprüche die Zuschussanträge beeinflussen können. Der volle Ausbau inklusive der Innenstadt solle transparent geprüft werden. Sofern der Kosten-/ Nutzenfaktor positiv sei, solle zeitnah mit dem Bau begonnen werden.

Der **Geschäftsführer** des Zweckverbands geht auf die offenen Fragen ein. Die Baumaßnahme an der Markgröninger Strecke verlaufe unabhängig der Baumaßnahmen zur Stadtbahn. Die Fördermittel fließen für die Reaktivierung, die weitere Streckenplanung und mögliche Einsprüche dazu seien separat zu sehen. Der einzige Zusammenhang mit den Stadtteilmodulen liege in der Vorplanung und der Nutzen-/ Kostenuntersuchung. Die Strecke Remseck sei nicht Bestandteil des

TOP 2	Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg - Beschluss des	Vorl.Nr. 197/22
	Auftragsumfangs für die Vorplanung	
	(Vorberatung)	

Reaktivierungsprogramms des Landes. Hier erhalte man einen Investitionskostenzuschuss.

OBM **Dr. Knecht** stellt den Antrag der FW-Fraktion zur Abstimmung. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Danach lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

Im Anschluss übergibt OBM Dr. Knecht die Sitzungsleitung an BM Mannl.

TOP 2.1	Stadtbahn - Beschlussvorlage ohne Oßweil Süd- Strecke - Antrag der Fraktion Freien Wähler vom 04.07.2022	Vorl.Nr. 237/22
---------	--	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 3	Fuchshof - "Sport, Grün, Wohnen" Herstellung Teilabschnitt Grüner Ring Süd mit Freiflächengestaltung und Anschlussbereichen -Kita Takatukaland	Vorl.Nr. 227/22
-------	---	-----------------

Beschluss:

1. Entwurfs- und Baubeschluss für die Herstellung des Teilabschnitts Grüner Ring Süd mit Freiflächengestaltung und Anschlussbereichen Kita Takatukaland

Der Entwurfs- und Baubeschluss zur Herstellung des Teilabschnittes Grüner Ring Süd mit Freiflächengestaltung und Anschlussbereichen Kita Takatukaland wird gefasst.

Grundlage hierfür ist die Entwurfsplanung des Büro Köber Landschaftsarchitektur, 70174 Stuttgart.

Den Gesamtprojektkosten von insgesamt 660.000 € inkl. 19 % Mehrwertsteuer (Baukosten, Baunebenkosten und Sicherheit) wird zugestimmt.

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Protokollauszug Mobilitäts- und Umweltausschuss 21.07.2022

2. Vergabe der Planungsleistungen für die Freiraumplanung Leistungsphasen 4-9

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Planungsleistungen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BM **Manni** übernimmt die Sitzungsleitung und ruft Tagesordnungspunkt 3 auf.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** wünscht sich zumindest einen Blühstreifen am Wegesrand neben dem Rad-/Fußweg. Hier solle mit dem Eigentümer der Ackerfläche Kontakt aufgenommen werden. Sie geht auf die Verkehrssicherheit des Radweges ein. Pflanzungen sollten nicht zu eng am Weg angebracht werden, dies verschmälere den Weg durch die einwachsenden Pflanzen. Sie bittet um eine Verbreiterung des Rad-/Fußweges, da der Radweg sehr gut frequentiert werde und um eine Abtrennung, zumindest farblich. Der grüne Ring sei in diesem Bereich sehr schmal, hier hätte sie sich eine größere Fläche gewünscht. Sie bemängelt weiterhin die Größe des Wendehammers und kritisiert die hohe Kostenschätzung für die Sitzbänke.

Ursprünglich sollte lediglich die Vereinsgaststätte umgebaut werden, merkt Stadträtin **Seyfang** zu diesem großen Projekt an und signalisiert ihre Zustimmung. Sie begrüßt, dass die Erschließungskosten vom HCL mitgetragen werden. Die anliegende Ackerfläche werde für den Getreideanbau gebraucht, gibt sie zu bedenken. Die Anlieferung müsse vermutlich rückwärts erfolgen, meint sie und will wissen, was und in welchem Umfang angeliefert werde. Weiter geht sie auf den Elternhalt ein und fragt, wo dieser eingeplant sei.

Die Planung sei gelungen und das Angebot des Investors gut, so Stadtrat **Zeltwanger** und freut

TOP 3	Fuchshof - "Sport, Grün, Wohnen" Herstellung	Vorl.Nr. 227/22
	Teilabschnitt Grüner Ring Süd mit	
	Freiflächengestaltung und Anschlussbereichen -Kita	
	Takatukaland	

sich über die Kindergartenplätze. Die gemeinsame Nutzung des Fuß-/Radweges sei nicht sinnvoll. Er geht auf die versiegelten Flächen sowie den Wendehammer ein und bittet um Prüfung, ob die Anlieferzone auch als Radweg nutzbar sei. Der Wendehammer werde nur monofunktional und für einen überschaubaren Zeitraum genutzt. Er fragt nach dem Bereich der Elternkurzhaltezeiten und

geht auf die Realität vor den Kindergärten ein. Er fragt nach der Höhe der Erschließungskosten für die Stadt und die Stiftung.

Die Erschließung und die Kosten seien sehr komplex, führt Stadtrat **Juranek** aus. Er fragt, ob für den Wendehammer auch ein befahrbarer wasserdurchlässiger Belag ausreiche. Die gemeinsame Wegeführung für Fußgänger und Radfahrer sei nicht glücklich gewählt, hier hofft er auf eine bessere Lösung. Mehr Information wünscht er zudem zum Elternhalt. Im Grundsatz werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

Seit langer Zeit stehe das Gebäude leer und Kindergartenplätze werden dringend benötigt, merkt Stadträtin **Knecht** an. Sie freut sich über die einvernehmliche Abstimmung und dankt der Stiftung. Die bestehenden Stellplätze können vermutlich wegen des angrenzenden Hockeyfeldes nicht anders angeordnet werden, meint sie. Sie wünscht eine klare sichtbare Trennung des Gehweges vom Radweg, eventuell durch eine niedrige Hecke.

Stadtrat **Müller** moniert ebenso den schmalen Rad- und Fußweg. Er fragt, was langfristig im nahen Umfeld geplant sei.

Stadtrat **Remmele** vermutet, dass der Wendehammer als Elternhalt genutzt werde, und fragt, wie dies verhindert werden könne.

Stadtrat **Link** will wissen, ob eine Zisterne vorgesehen sei. Zudem merkt er an, dass Rasengittersteine als Fußweg nicht ideal seien. Zur Fahrstrecke des Müllautos wünscht er mehr Information.

Die **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Die bestehenden Stellplätze dienen auch als Elternhalt. Weiter geht sie auf den Fuß-/ Radweg ein. Eine Trennung sei aufgrund der beengten Platzverhältnisse nicht sinnvoll. Eine optische Wahrnehmung solle durch einen Belagswechsel erfolgen. Die Privatstraße werde gekennzeichnet. Eine Schranke sei nicht sinnvoll. Im Umfeld sei langfristig die Entwicklung eines Landwirtschaftsparkes vorgesehen. Die Kostenschätzung für die Erschließungsstraße und Andienung liegen bei etwa 140.000, --Euro und werden von der Stiftung getragen.

Der Wendehammer sei für Müllfahrzeuge ausgelegt und müsse sein, so ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung. Hierzu werde die AVL im weiteren Verlauf eine Stellungnahme abgeben.

Die Erschließung der Privatstraße und des Rad-/ Fußweges müsse zwingend räumlich getrennt werden, da unter anderem die wassergebundene Fläche nicht befahrbar sei.

Die Gehwegbreite mit einer wassergebundenen Decke liege bei 2,50 m und der asphaltierte Radweg bei 3,50 m, fügt BM **Manni** hinzu. Der Wunsch auf eine gestalterische Trennung wird in die weitere Planung mitgenommen sowie die Möglichkeit der Mitnutzung der Privatstraße für die Radfahrer und die Einbeziehung des Nachbarflurstücks. Er lässt über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch den **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität und einen **Mitarbeiter** des Polizeipräsidiums Ludwigsburg anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache zum Thema allgemein. Auf den Antrag der FDP-Fraktion werde später eingegangen.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf eine Befragung des Gesamtelternbeirates ein. Die Probleme liegen häufig an einer Gefährdung durch die Elterntaxis. Das Bestreben sei einen Halt an einer geeigneten Stelle in einiger Entfernung zur Schule einzurichten. Mit dem „Bus auf Beinen“ sollen die Kinder motiviert werden, zu Fuß zu gehen. Tempobeschränkungen, mehr Verkehrssicherheit sowie mehr Kontrollen werden von Elternseite gewünscht.

Das Thema sei im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen eingebracht worden, merkt Stadtrat **Müller** an. Er fragt nach der Stabilisierung der Initiative „Bus auf Beinen“ und geht auf das Engagement der Elterninitiative ein. Er fragt, wie die Zusammenarbeit mit der Polizei sei. Zudem interessiert ihn der rechtliche Schutz und Schulungen der Begleiter.

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität und ein **Mitarbeiter** des Polizeipräsidiums Ludwigsburg gehen auf die offenen Fragen ein. Die Aspekte Tempolimits und Zebrastreifen werden zur Absprache mit der Straßenverkehrsbehörde mitgenommen, wie auch der Wunsch nach mehr Kontrolle. Das Thema Elterntaxi stehe auch im Interesse der Schülerinnen und Schüler. Man stehe in Kooperation mit den Schulen und in Zusammenarbeit mit der Polizei. Die Kinder sollen die Verkehrsregeln lernen und anwenden, so die Empfehlung der Polizei. Zum Schulstart sei die Polizei vor Ort. Bei Schulneubeginn werde häufig die Präsenz der Polizei beim Elternabend gewünscht. Zum Schulstart gehe einmalig die Polizei die Strecke auf Nachfrage der Schule mit ab und stehe für Fragen zur Verfügung. Die Schulwegeempfehlung und Schulradwege gebe es in gedruckter Version und werden mit dem Fachbereich Bildung und Familie abgestimmt. Hierzu sei zudem eine digitale Version mit QR-Code geplant.

BM **Manni** dankt für die gute Präventionsarbeit. Er geht auf den Wunsch nach Fußgängerüberwegen ein. Hierzu gebe es eine lange Wunschliste. Diese werde sukzessive abgearbeitet. Die Geschwindigkeitsreduzierung an den Schulen liege bei Tempo 30.

Der Bereich direkt vor den Schulen sei kritisch, so Stadtrat **Zeltwanger**. Man brauche einen verkehrsberuhigten Bereich oder ein Halteverbot und eine autofreie Zone im Umfeld von 200 bis 300 Metern.

Stadträtin **Seyfang** wünscht ebenso eine autofreie Zone direkt vor der Schule.

BM **Manni** ruft den Antrag der FDP-Fraktion auf und geht auf die Informationsvorlage ein. Sichere Schulwege seien entwickelt worden. Das Schulwegesystem sei autark von den Elternhalten zu sehen.

Stadträtin **Knecht** geht auf den Antrag ein. Es gehe nicht darum, dass Kinder direkt vor der Schule abgesetzt werden, sondern grundsätzlich zu Fuß gehen. Selbstverständlich müssen die Kinder auf

die Gefahrenstellen aufmerksam gemacht und der Schulweg gemeinsam abgelaufen werden. Das Angebot „Bus auf Beinen“ findet sie gut. Es gehe jedoch auch um die Sicherheit für notwendige Fahrten beispielsweise im Rahmen der Inklusion oder Mitnahme von Geburtstagsgebäck und plädiert für eine realistische Sichtweise. Es sollen keine neuen Konfliktsituationen entstehen. Der

TOP 4 Schulwegesicherheit in Ludwigsburg
- mündlicher Bericht

Schulweg kreuze den Radschnellweg, hier gebe es gefährliche Situationen. In einem nichtöffentlichen Workshop sei dieses Thema kontrovers diskutiert worden. Sie fragt, ob mit den Anwohnern gesprochen wurde, da mit der jetzigen Planung Parkplätze wegfallen werden. Die Umleitung des Radweges sei nicht sinnvoll. Sie wünscht Antworten auf ihre Fragen und zeigt sich mit der geführten Diskussion nicht zufrieden.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf den Antrag und die Wortwahl ein. Der Halt sei nicht aus ideologischen Gründen, sondern aus Sicherheitsgründen an dieser Stelle angebracht. Die Ampelschaltung müsse für die Radfahrer gut geschaltet sein, um ein schnelles Vorankommen zu gewährleisten. Konflikte seien vorbesprochen und Optimierungsvorschläge eingearbeitet worden. Sie spricht ihren Dank an die Verwaltung aus.

Für den Bereich der Fuchshofschule sollen die Schüler aus allen Richtungen sicher zur Schule kommen. Aus dem südlichen Bereich kommend wolle man keinen Weg zwischen dem Stadionbad und der Eishalle. Hier werden neue Wegebeziehungen geschaffen. Die Anwohner seien informiert, es erfolge eine Unterstützung für alternative Parkmöglichkeiten im Quartier, ergänzt BM **Manni**. Für besondere Fälle gebe es Parkmöglichkeiten auf dem Schulgelände. Der Radverkehr werde nicht kombiniert. Es werde eine neue Wegeführung auf der Oststraße geben. Die Kritik an der Signaltechnik werde mitgenommen. Er lässt sodann über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

TOP 4.1 Elternhalt vor der Fuchshofschule einrichten und
Fahrradweg an jetziger Stelle belassen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 23.06.2022

Vorl.Nr. 235/22

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

TOP 5 Verkaufsoffene Sonntage - Taktverdichtung LVL und
Sachstand Ortseingangstafeln
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch den **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität und den **Leiter** der Stabsstelle Wirtschaftsförderung anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Man wolle in den Prozess einsteigen und das Management verbessern mit der Unterstützung aller technischer Möglichkeiten, ergänzt BM **Manni** und eröffnet die Aussprache.

Man brauche ein gutes Angebot und dieses solle genutzt werden, merkt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** an. Bedauerlich sei, dass der Shuttle-Bus nicht gut angenommen werde. Sie könne sich auch einen Bringdienst der Einkäufe vorstellen.

Stadtrat **Klotz** lobte die Stadtverwaltung für die fortschrittliche Digitalisierung. Er fragt, wie Auswärtige die App erhalten und wünscht eine Verknüpfung mit anderen Diensten, wie Park by Phone App. Hier müsse noch nachgebessert werden.

Stadtrat **Link** fragt, ob auch die privaten Parkhäuser in der App aufgeführt seien, was BM **Manni** bejaht.

Stadtrat **Zeltwanger** spricht einen weiteren äußeren Ring als Umsteigepunkt an. Die Auswärtigen müssten bereits am Autokino oder an der PH abgefangen werden.

Viel habe man bereits investiert, insbesondere durch die Parkleittafeln. Das Nadelöhr sei jedoch die B27, meint Stadtrat **Maier**. Hier helfe auch die Digitalisierung nicht weiter. Viele Menschen fahren trotz Stau lieber im eigenen Auto, bemängelt er.

Für Stadtrat **Müller** ist der ÖPNV wichtig. Hier müsse ein besseres Angebot geschaffen werden. Er bedauert, dass zum Kastanienbeutelfest das Neun-Euro-Ticket nicht mehr angeboten werde.

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität dankt für das positive Feedback. Die Shuttlebusse stehen ebenso im Stau und seien somit nicht attraktiv. Die Besucher müssten außerhalb abgefangen und zuverlässig in die Stadt befördert werden. Die Marketingapp sei wichtig. Diese werde aufgewertet und beworben. Hier arbeite man mit den Stadtwerken zusammen. Der Hinweis auf die

Park by Phone App werde mitgenommen, wie auch eine Verlinkung zur VVS-App und eine Bezahlungsmöglichkeit für die eigenen Angebote.

Man wünsche sich gutbesuchte Veranstaltungen, so der **Leiter** der Stabsstelle Wirtschaftsförderung. Die Themen Lieferung und Lastenfahrrad bleiben weiterhin auf der Agenda. Erfahrungsgemäß sei die Nachfrage für ein Aufbewahrungsangebot der Einkäufe sehr gering.

BM **Manni** dankt und beendet diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 6

Einführung Parkraumbewirtschaftung Eglosheim-Ost
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 131/22

Beschlussempfehlung:

1. Für die Parkierung in Eglosheim-Ost wird das dargelegte Parkraumkonzept entsprechend der Anlage 1 beschlossen. Es wird somit die Parkgebührenregelung der Zone 3 A bzw. eine Regelung mittels Parkscheibenregelung (Höchstparkdauer 2 Stunden) mit Gebührenbefreiung für die Bewohner durch kostenpflichtige Bewohnerparkausweise zu den jeweils geltenden Beträgen eingeführt. Auf die Einführung eines Monatstickets wird verzichtet. Mit der Parkraumbewirtschaftung soll ab 1. November 2023 begonnen werden.
2. Baubeschluss: Der Fachbereich Tiefbau und Grünflächen wird mit der Umsetzung des Parkraummanagements beauftragt. Es wird zugestimmt, im Stadtteil Eglosheim-Ost das Parkraummanagement einzuführen. Der Fachbereich Tiefbau und Grünflächen bekommt die dafür notwendigen Finanzmittel in Höhe von ca. 150.000 Euro in geeigneter Form (Verpflichtungsermächtigung bzw. Haushaltsansatz für 2023) durch diesen Beschluss zur Verfügung gestellt. Es handelt sich hierbei um eine Kostenschätzung, da zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung die wirtschaftlichen Entwicklungen nicht vorhersehbar sind (Inflation, Sanktionen, etc.).
3. Den Betriebskosten für die Parkscheinautomaten in Höhe von 20.000 Euro jährlich wird zugestimmt.
4. Die Technischen Dienste werden beauftragt, für die Wartung der Automaten Sorge zu tragen. Es wird zugestimmt, das hierfür notwendige Budget seitens des FB67 für die interne Leistungsverrechnung von den Technischen Dienste an den FB 67 um 5.000 Euro jährlich zu erhöhen.
5. Den anfallenden zusätzlichen Kosten für Münzgeldbearbeitung durch den WSD, Kartenzahlungen und paybyphone ab Beginn der Bewirtschaftung von geschätzt jährlich

8.000 Euro wird zugestimmt.

6. Der Fachbereich Nachhaltige Mobilität wird mit der Erstellung eines Konzeptes zur Bewirtschaftung des stadteigenen Parkplatzes (P5) beauftragt. Ziel ist es, Mitarbeitenden aus dem zukünftigen Parkraumbewirtschaftungs-Gebiet, die ihre Arbeitsstätte nicht oder nur schwer mit dem ÖPNV erreichen sowie Ludwigsburger Bürgerinnen und Bürgern, die aufgrund von Berufstätigkeit insbesondere in den frühen Morgen- bzw. späten Abendstunden den S-Bahnhalt nicht oder nur schwer mit dem ÖPNV erreichen, eine Parkmöglichkeit anzubieten. Den Ludwigsburger Bürgerinnen und Bürgern soll so der Umstieg in die S-Bahn ermöglicht werden.
7. Der Fachbereich Nachhaltige Mobilität wird beauftragt, die Parkraumerhebung in Eglosheim-West vorzunehmen und den Beschilderungsplan in Eglosheim-Ost zu erstellen. Er bekommt dafür im Haushalt 2023 die benötigten Mittel in Höhe von 28.000 Euro zur Verfügung gestellt.
8. Der Fachbereich Nachhaltige Mobilität, der die Information der Bürgerinnen und Bürger federführend verantwortet, bekommt dafür im Haushalt 2023 die notwendigen Mittel in Höhe von 10.000 Euro zur Verfügung gestellt.

TOP 6

Einführung Parkraumbewirtschaftung Eglosheim-Ost
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 131/22

9. Der Gemeinderat beschließt im Vorgriff auf den Stellenplan 2023 die folgenden Stellen aufzunehmen:
 - a. 2,3 unbefristete Stellen beim Städtischen Vollzugsdienst
 - b. 0,13 unbefristete Stellen bei der Bußgeldstelle
 - c. 0,25 unbefristete Stellen beim Fachbereich Finanzen für Buchhaltung und Forderungsmanagement
 - d. 1,0 unbefristete Stelle bei den Bürgerdiensten zur Ausgabe der Bewohnerparkausweise
 - e. 0,5 befristete Stelle für die Telefonhotline (ca. 6 Monate)
10. Der Gemeinderat beschließt die Einführung des Gewerbetickets in Eglosheim-Ost.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, und geht auf die Vorlage ein.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Die Einführung der Parkgebühren sei dringend notwendig, meint Stadträtin **Dr. Knoß**, vor allem nachdem das Land in die Bewirtschaftung einsteige. Bei den Eglosheimern sei der Rückhalt groß, merkt sie an. Sie hofft auf Kontrollen und einen Rückgang der abgestellten Kleintransporter. Die Einführung der Parkscheibe stellt sie in Frage, kann jedoch mit dem Vorschlag mitgehen. Man befinde sich in einem lernenden Prozess. Weiter geht sie auf die Zweckentfremdung der Garagen ein. In Eglosheim-West gebe es ebenso einen enormen Parkdruck, merkt sie an. Sie stimmt der Vorlage gerne zu.

Stadträtin **Seyfang** geht davon aus, dass eine Parkraumbewirtschaftung ebenso in Eglosheim-West kommen werde. Es gebe Studenten, die ihre Autos die ganze Woche stehen lassen. Der Parkdruck sei dort bereits spürbar. Der Stadtteil sei in die Maßnahme gut eingebunden worden, lobt sie und fragt, ob auch eine Abstimmung mit der Vereinsgaststätte erfolgt sei. Regelungen für den Bereich der Sportstätten müssen getroffen werden. Für den Spielbetrieb sei eine Zweistundenregelung zu knapp. Weiter geht sie auf die Zweckentfremdung der Garagen ein und merkt an, dass viele Garagen für die heutigen Autos zu klein seien.

Der Parkausweis solle nur an gemeldete Studenten ausgegeben werden, so Stadtrat **Raasch**.

Stadtrat **Maier** wird der Vorlage ebenso zustimmen. Er vermutet noch Kritik aus der Bürgerschaft, sobald die Maßnahme anläuft. Er hofft auf die Kontrollen der Parkscheiben und ist gespannt auf die Wirkung.

TOP 6

Einführung Parkraumbewirtschaftung Eglosheim-Ost
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 131/22

Stadträtin **Knecht** merkt an, dass teilweise die Autos der Studenten auf deren Eltern angemeldet seien und fragt, wie hiermit umgegangen werde. Der Austausch mit der Bürgerschaft sei gut gelaufen. Sie wünscht eine Evaluation nach einem Jahr. Für den Bereich Sportstätten und Gastronomie regt sie an, dass der Samstag ausgenommen werde.

Stadtrat **Link** spricht seinen Dank aus. Gute Kompromisse seien ausgearbeitet worden. Er geht auf den aktuellen Bauantrag der Fröbelschule und den Wegfall von Parkplätzen ein. Er fordert, dass für die wegfallenden Parkplätze Ersatz geschaffen werde.

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die offenen Fragen ein. Für den Erhalt eines Bewohnerparkausweises sei ein Hauptwohnsitz Voraussetzung. Für die Zulassung des Kfz reiche ein Nachweis der Eltern oder des Arbeitgebers aus. Wenn keine Stellplatzmöglichkeit vorhanden sei, auch bei zu kleiner Garage, erhalte man einen Parkausweis. Man agiere pragmatisch und nicht dogmatisch. Für die Themen Kurzzeitparkplätze, Gastronomie, Sportstätten, Lieferfahrzeuge sei man noch auf Lösungssuche. Eine Evaluation werde nach einem Jahr erfolgen. Über die Pläne an der Fröbelschule sei die Verwaltung informiert. Die Parkplätze seien

bisher nur der Schule zur Verfügung gestanden.

BM **Manni** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 7 Radweg Groenerstraße (Radroute 4)
Ausführungsplanung

Vorl.Nr. 161/22

Beschluss:

Der Ausführungsplanung wird wie von der Verwaltung vorgelegt, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Nachdem Tagesordnungspunkt 8 vorgezogen und bereits nach Tagesordnungspunkt 6 beraten wurde, ruft BM **Manni** Tagesordnungspunkt 7 auf. Das Gremium verzichtet auf einen Sachvortrag. BM Mannl eröffnet die Aussprache. Man habe in vielerlei Hinsicht optimiert und Hinweise eingearbeitet.

Stadträtin **Knecht** fragt nach der Höhe der Fördermittel.

TOP 7 Radweg Groenerstraße (Radroute 4)
Ausführungsplanung

Vorl.Nr. 161/22

Diese liegen bei 90 % antwortet hierauf BM **Manni**.

Stadträtin **Dr. Knoß** wird der Vorlage nicht zustimmen. Sie geht auf die Anlage 3 im Bereich der Gänsfußallee ein. Hier sei die Querung nicht geschützt. Zudem geht sie auf die Verkehrsinsel an der Schlieffenstraße ein. Sie spricht sich gegen einen Zweirichtungsradweg aus. Außerdem werde man von den Lampen geblendet. Sie hätte sich eine gemeinsame Entwicklung und Abstimmung gewünscht und fragt, ob der Radweg benutzungspflichtig sei.

Der Vorschlag orientiere sich an einer Musterlösung des Landes, antwortet ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität. Es sei eine machbare und praktikable Zwischenlösung. Der

Radweg an der Schlieffenstraße sei variantenneutral und könne sowohl als Zweirichtungsradweg, wie im Bestand oder richtungsgetreunt gestaltet werden. Eine Benutzungspflicht bestehe nicht.

BM **Manni** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 8

Abstimmung im Rahmen der
Bürgermeisterversammlung über den kreisweiten
Erlass einer Katzenschutzverordnung

Vorl.Nr. 191/22

Beschluss:

1. Der Mobilitäts- und Umweltausschuss stimmt einer Absprache im Rahmen einer Bürgermeisterversammlung zum Erlass einer kreisweiten Katzenschutzverordnung zu. Die gemeinsame Verordnung, die im Rahmen der Abstimmung entsteht, wird anschließend dem Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt.
- ~~2. Die Verwaltung bereitet eine Katzenschutzverordnung auf Basis der Anlage 2 vor und legt diese dem Gemeinderat zur Abstimmung vor. Im weiteren Verlauf wird ein kreisweiter Beschluss auf diese Fassung angestrebt.~~

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Der Beschluss über Ziffer 2 wird mit 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Beschluss über Ziffer 1 wird mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen

Nicht anwesend: Stadtrat Zeltwanger

TOP 8

Abstimmung im Rahmen der
Bürgermeisterversammlung über den kreisweiten
Erlass einer Katzenschutzverordnung

Vorl.Nr. 191/22

Beratungsverlauf:

Aus dem Gremium kommt der Wunsch diesen Tagesordnungspunkt vorzuziehen und nach

Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln. Nachdem sich das Gremium einverstanden zeigt, ruft BM **Manni** Tagesordnungspunkt 8 auf. Er begrüßt die Vertreter des Tierschutzvereines Ludwigsburg.

Ein **Vertreter** des Tierschutzvereines geht auf die eingereichte Stellungnahme ein und schildert, dass Katzen, die verletzt, krank oder ausgezehrt im Tierheim landen, durch den Verein tierärztlich behandelt und kastriert sowie gechippt werden. Auch Freigänger-Katzen mit festem Zuhause werden öfter in Unfälle verwickelt und, wenn der Besitzer nicht gleich feststellbar sei, vom Tierheim oder in der Tierklinik versorgt. Manchmal finden sich die Besitzer im Nachhinein, wollen sich jedoch nicht mehr in die Verantwortung nehmen lassen. Die Katze bleibt dann im Tierheim und die Rechnung auch. Die Aufgabe eines gemeinnützigen Vereins sei es nicht, die Kosten von privaten Besitzern zu übernehmen. Eine Kennzeichnungspflicht würde gewährleisten, dass man zurückverfolgen könne, wer die Verantwortung für die Katze habe, so der erste **Vorsitzende** des Tierschutzvereines

Der **Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung geht auf die Vorlage ein. Er geht von einem jährlichen Kostenbetrag von etwa 10.000.-- Euro aus, zusätzlich Kosten für den Verwaltungsaufwand. Zukünftig werde sich der Betrag vermutlich sukzessive verringern. Die Verwaltung priorisiert Beschlussvorschlag Ziffer 1 mit einer kreisweiten Verordnung. Schneller könne Ziffer 2, im Sinne des Antrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, umgesetzt werden. Jedoch habe man dann keine einheitliche Verordnung. Eine kreisweite Regelung werde dennoch angestrebt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Ludwigsburg solle vorangehen, plädiert Stadträtin **Dr. Knoß**. Dies animiere auch andere Kommunen im Kreis. Zudem sei dies der schnellere Weg. Eine kreisweite Regelung wäre wünschenswert, jedoch kaum realistisch für eine schnelle Umsetzung. Der Tierarzt könne Katzenbesitzer auf die Katzenschutzverordnung aufmerksam machen. Die Besitzer werden von einer Registrierung ebenso profitieren, merkt sie an.

Stadträtin **Seyfang** werde nicht zustimmen und fragt, ob als nächstes eine Vogelschutzverordnung erlassen werde und was eine hohe Population bedeute. Daten müssten über einen längeren Zeitraum erfasst werden. Eine Katzenschutzverordnung sei ein hoher Bürokratieaufwand, welcher mit Kosten und Personaleinsatz verbunden sei. Zudem greife man in Eigentumsrechte der Bürger ein. Der Besitzer habe die Verantwortung. Es gebe wichtigere Probleme, merkt sie weiter an. Ihre Fraktion wird unterschiedlich abstimmen.

Die Fraktion um Stadtrat **Raasch** werde ebenso unterschiedlich abstimmen. Er geht auf die Problematik der Entwurmung und Katzenkot auf Spielplätzen ein. Hierdurch gebe es ein hohes Ansteckungsrisiko für Kinder. Zudem spricht er eine Katzensteuer an. Der Antrag sei grundsätzlich korrekt gestellt.

Stadtrat **Maier** wünscht mehr Information zur möglichen Population und Entwicklung, sofern nicht eingegriffen werde. Im Moment werde keine Notwendigkeit zum Erlass gesehen.

Stadträtin **Knecht** befürchtet einen hohen Kostenaufwand. Man müsse alle Katzenbesitzer finden und anschreiben. Dieses Thema solle zurückgestellt werden. Sie sieht die Aufgabenzuständigkeit

TOP 8

Abstimmung im Rahmen der

Vorl.Nr. 191/22

Bürgermeisterversammlung über den kreisweiten

beim Land.

Stadtrat **Klotz** fragt nach den Sanktionen bei Zuwiderhandlungen in der Realität.

Stadtrat **Link** wünscht ein Verbot der Wildkatzenfütterung.

Stadtrat **Müller** könne sich eine Verordnung in Absprache mit den direkt umliegenden Kommunen vorstellen. Die Musterverordnung des Landes könne übernommen werden. Er spricht sich für eine schnelle städtische Lösung aus.

Man müsse zwischen dem Tierwohl und dem Eingriff ins Eigentum abwägen, so der **Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung. Die Hauskatzen seien unproblematisch. Die Kosten der Freigänger könne der Katzenhalter übernehmen, jedoch werde in die Rechte des Eigentümers eingegriffen. Die größte Problematik seien die wilden Katzen.

BM **Manni** lässt zuerst über Ziffer 2 abstimmen. Danach stellt er Ziffer 1 zur Abstimmung. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist als erledigt anzusehen. Das Thema einer kreisweiten Verordnung werde bei der nächsten Bürgermeisterversammlung eingebracht.

TOP 8.1

Katzenschutzverordnung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
15.04.2022

Vorl.Nr. 142/22

Beratungsverlauf:

Mit Beratung der Vorlage 191/22 und der Abstimmung darüber im Ausschuss ist der Antrag 142/22 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erledigt.

Beschluss:

Das Büro Stefan Fromm Landschaftsarchitekten, Dettenhausen erhält den Auftrag zur Planung und Durchführung der freiraumplanerischen Leistungen für das Gewebegebiet Waldäcker III.

Die Auftragssumme beträgt bis zu:

Angebotssumme	138.707,00 €
+ Unvorhergesehenes ca. 7,5 %	11.293,00 €
Auftragssumme	150.000,00 € (brutto)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Nachdem Tagesordnungspunkt 8 vorgezogen wurde, ruft BM **Manni** Tagesordnungspunkt 9 nach Tagesordnungspunkt 7 auf.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die Vorlage ein.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** sieht einen engen Zusammenhang mit der künftigen Radwegführung an der Schlieffenstraße. Sie wünscht eine praktische und schnelle Radroute und eine Beschleunigung der Fahrtzeit.

Stadträtin **Knecht** fragt nach der Kostenhöhe des kompletten Projektes und einer Kostenbeteiligung des Regierungspräsidiums. Sie wünscht eine Beteiligung der Unternehmen vor Ort und die Einbindung des Bürgervereins sowie Eigenaktivität der Bürgerschaft.

Stadtrat **Juranek** wundert sich über die heutige Diskussion. Planungsdetails können erst nach Beauftragung der Planung diskutiert werden.

Stadtrat **Müller** geht auf das angrenzende Gewerbegebiet ein.

Die Projektgruppe setze sich aus unterschiedlichen Fachbereichen zusammen, so die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Man wolle einen guten Übergang von den privaten zu den öffentlichen Flächen schaffen. Die Freianlage müsse gestaltet und Ausgleichsflächen geschaffen werden. Eine attraktive Gestaltung, gute Synergien, ein attraktives Gewerbegebiet und eine gute verkehrliche Erschließung sowie die Aufwertung des Ökokontos fließe in die Planung ein.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die Radwegführung ein. Die Planungen seien abgestimmt und beim Land eingereicht worden, mit der Einbeziehung eines Sicherheitsaudits. Er erwarte eine Förderung von 90%.

BM **Manni** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

TOP 10

Westrandstraße - Kostenerhöhung

Vorl.Nr. 224/22

Beschluss:

Wegen unvorhergesehener Umstände werden die verfügbaren Baukosten der Firma Leonhard Weiss GmbH & Co. KG, 74589 Satteldorf von 3.400.000 € auf 4.200.000 € angehoben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Knecht
 Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, und geht auf die Vorlage ein. Nach Eingang der letzten Rechnung werde eine Übersicht erstellt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** merkt an, dass mit dieser Maßnahme der Verkehr auf der Schlieffenstraße hätte reduziert werden sollen. Hier hofft sie auf eine Verbesserung.

Die Maßnahme sei gut gelungen, lobt Stadtrat **Link**. Er weist darauf hin, dass Fördermittel auch Steuergelder seien. Der Verkehr auf der Schlieffenstraße sei zurückgegangen und die Entlastung deutlich spürbar.

Die Mehrkosten seien nachvollziehbar und berechtigt, merkt Stadtrat **Juranek** an. Er bemängelt die unübersichtliche Kostenberechnung und das umfangreiche Zahlenwerk in der Vorlage.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die Verhandlungen mit dem Regierungspräsidium und die Schnittstellen ein. Die Maßnahme sei sehr komplex.

Anstatt den ursprünglich geplanten 8,2 Millionen sei man jetzt bei 4,2 Millionen, merkt BM **Manni** an und lässt über die Vorlage abstimmen.

BM **Manni** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.